

**Antrag auf Gewährung öffentlicher
Finanzierungshilfen zur Förderung
kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)
- Investitionsvorhaben -**

Stadt Wilhelmshaven
Fachbereich Wirtschaft und
Regionalmanagement
Rathausplatz 10 (RATRIUM)
26382 Wilhelmshaven

Nur von der Stadt Wilhelmshaven auszufüllen:

Eingang des Antrags am:

- ☐ Antragseingang vor Beginn des Vorhabens
- ☐ Mindestangaben (Ziff. 6.2 der Richtlinie) sind enthalten / Vorhaben darf ab dem im Antrag angegebenen Datum förderunschädlich auf eigenes Risiko begonnen werden
- ☐ Liste zu vervollständigender Unterlagen/Angaben ausgehändigt bzw. in Antragskopie farbig markiert

**KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven, Richtlinie 2015 – 2020
Antrag für Investitionsvorhaben nach Ziffer 2.1 der Richtlinie**

2.1

- ☐ **Neuantrag**
- ☐ **Änderungsantrag zum Aktenzeichen:** **KMU** _____ **Antrag vom** _____

I. Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller

A. Allgemeine Informationen zur Antragstellerin / zum Antragsteller

Name des Unternehmens		
Name, Vorname Geschäftsführerin / Geschäftsführer		
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
Telefon	Mobiltelefon	E-Mail
☐ Existenzgründung		
☐ Selbstständigkeit von _____ bis _____ <i>(Bitte in der Beschreibung und Begründung erläutern.)</i>		

B. Ansprechpartnerin / Ansprechpartner, falls abweichend von Antragstellerin / Antragsteller

Name, Vorname		
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
Telefon	Mobiltelefon	E-Mail
Falls ein/e Steuerberater/in, Wirtschaftsprüfer/in, Unternehmensberater/in etc. beauftragt wurde, bitte Vollmacht oder Datenschutzentbindung beifügen.		

F. Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

In welcher Branche ist das Unternehmen überwiegend tätig?

Welche Produkte oder welche Dienstleistungen bietet das Unternehmen an?

G. Vorsteuerabzug

Ist Ihr Unternehmen zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) berechtigt?

- ☐ ja ⇒ Bei den Angaben im Investitionsplan (II.H) und im Finanzierungsplan (II.L) dieses Antrages sind Nettobeträge anzusetzen.
- ☐ nein

H. Unternehmen in Schwierigkeiten

Da die KMU-Richtlinie auf der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der EU beruht, sind „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne der AGVO von einer Förderung ausgeschlossen.

Ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ist ein Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden), ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gekennzeichneten Stammkapitals entspricht. (...) Der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
☐ ja ☐ nein
- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften ist, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.
☐ ja ☐ nein
- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
☐ ja ☐ nein
- Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen, beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
☐ ja ☐ nein

I. Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze (im Fördergebiet)

(Auf Wunsch wird Ihnen eine Berechnungshilfe als Excel-Datei zur Verfügung gestellt!)

a) Zahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Antragstellung und Vorhabenbeginn

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme			Zwischensumme			
Summe:			Summe:			
Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)						

b) Durchschnitt der vorhandenen Dauerarbeitsplätze in den letzten 12 Monaten vor Antragstellung

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme			Zwischensumme			
Summe:			Summe:			
Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)						
Platz für Erläuterungen:						

II. Angaben zum Investitionsvorhaben**A. Investitionsort**

_____ Straße, Hausnummer		_____ PLZ, Ort	
_____ BA-Betriebsnummer der zu fördernden Betriebsstätte			
Art der neuen Betriebsstätte:			
☐	Hauptniederlassung	☐	Zweigniederlassung
☐	unselbständige Zweigstelle	☐	Reisegewerbe

B. Art des Vorhabens**Investitionsvorhaben nach Ziff. 2.1 der Richtlinie**

Es handelt sich um folgende arbeitsplatzschaffende und/oder arbeitsplatzsichernde Maßnahme:

- | | |
|---|--|
| ☐ Errichtung einer Betriebsstätte | ☐ Erweiterung einer Betriebsstätte |
| ☐ Erwerb von unmittelbar mit einer Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerten, sofern die Betriebsstätte geschlossen wurde oder worden wäre, falls der Erwerb nicht erfolgt wäre | ☐ Verlagerung einer Betriebsstätte mit Erweiterung |
| | ☐ Grundlegende Änderung des gesamten Produktionsverfahrens oder auch Produkterweiterung |

(Zuschüsse für mehrere Vorhaben sind getrennt voneinander zu beantragen! Die Vorhaben müssen in sich geschlossen und klar voneinander abgegrenzt sein.)

C. Beschreibung und Begründung des Vorhabens

Bitte beschreiben und begründen Sie formlos, in einer **gesonderten Anlage**, die vorgesehenen Investitionen und die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte. Hierbei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens einzugehen.

Einen Vorschlag zum Inhalt und zur Gliederung finden Sie in dem Informationsblatt „Beschreibung der geplanten Investition / Maßnahme“.

Bitte beachten Sie auch die Bepunktungskriterien zur Bewertung der Förderanträge, welche Bestandteil der Förderrichtlinie des KMU-Programms sind. Insbesondere geht es um die Bereiche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nachhaltige, umweltbezogene Investitionen bzw. Maßnahmen, innovativer Charakter des Vorhabens und strukturpolitische Bedeutung des Vorhabens für die Stadt Wilhelmshaven.

- ☐ Eine detaillierte Beschreibung und Begründung des Vorhabens ist beigelegt.

oder

- ☐ Ein Business-/Geschäftsplan ist beigelegt, aus dem diese Informationen hervorgehen.

oder

- ☐ **Kurzbeschreibung und -begründung des Vorhabens:**

(Eine **detaillierte** Beschreibung und Begründung des Vorhabens **wird nachgereicht**.)

D. Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Vorhabenbeginn:		Vorhabenende:	
Tag - Monat - Jahr		Tag - Monat - Jahr	
Aufteilung der Investition auf mehrere Jahre (maximaler Durchführungszeitraum 24 Monate):			
Jahr	Euro	Jahr	Euro
Jahr	Euro	Jahr	Euro

Hinweis:

Ein schriftlicher Zuwendungsantrag mit den Mindestangaben nach Ziff. 6.2 (Seite 12) der Richtlinie muss zwingend **vor dem Beginn** des Vorhabens bei der Stadt Wilhelmshaven gestellt werden! Die formale Antragstellung auf diesem Antragsformular ist bei formloser fristwahrender Antragstellung zeitnah nachzuholen! Bei Erteilung des möglichen Zuwendungsbescheides darf das Vorhaben noch nicht beendet sein! Die Einplanungsrunde der Förderkommission findet in der Regel einmal monatlich statt.

E. Anzahl der zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende (im Fördergebiet)

(Nur bei arbeitsplatzschaffenden Vorhaben ausfüllen!)

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme						
Summe:						

Gesamtsumme zusätzliche Arbeitsplätze (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

Davon HochschulabsolventInnen

Gesamtsumme der Vollzeitarbeitsplatzäquivalente, die nach Ende des Vorhabens vorhanden und besetzt sein sollen.

F. Anzahl der gesicherten Dauerarbeitsplätze (bei Antragstellung im Fördergebiet vorhanden) nach Vorhabenende (Nur bei arbeitsplatzsichernden Vorhaben ausfüllen!)

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme						
Summe:						

Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

G. Anzahl bereits geförderter Dauerarbeitsplätze

Wurden Ihrem Unternehmen in der Vergangenheit bereits Fördergelder aus einem KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven gewährt?

☐ nein

☐ ja ⇒ Machen Sie bitte folgende Angaben:

Aktenzeichen, Datum Förderbescheid, ggf. Erläuterungen:

H. Investitionsplan

Die Summe der Gesamtinvestitionen muss der Summe der Gesamtfinanzierung (II.L) entsprechen.

Die Beträge sind auf **volle 100 Euro** zu runden.

Investitionsvorhaben nach Ziff. 2.1 der Richtlinie

Kostengruppe	Investitionen	Euro
1	Grunderwerbskosten	
2	Bauliche Investitionen	
3	Maschinen und Anlagen	
4	Betriebs- und Geschäftsausstattung	
5	Immaterielle Wirtschaftsgüter	
6	Gebäude	
7	Warenlager (nicht förderfähig)	
8	Werk- und Verbrauchsstoffe (nicht förderfähig)	
Summe der Gesamtinvestitionen		

Jedes Wirtschaftsgut ist einer der oben genannten Kostengruppen zuzuordnen. Eine entsprechend detaillierte **Investitionsgüterliste**

☐ ist als Anlage beigefügt.

☐ wird nachgereicht.

I. Beantragter KMU-Zuschuss

Ich/wir beantrage(n) die Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln der Stadt Wilhelmshaven für ein Investitionsvorhaben nach 2.1 der KMU-Förderrichtlinie der Stadt Wilhelmshaven, Förderperiode 2015-2020, in Höhe von maximal

_____ in Euro

Platz für Berechnungen:

a)	☐ Kleinstunternehmen/Existenzgründer => max. 25 %	=>	_____ €
	☐ kleines Unternehmen => max. 20 %		
	☐ mittleres Unternehmen => max. 15 %		
	☐ sonstiges Unternehmen => max. 10 %		
der förderfähigen Investitionssumme i. H. v. _____ €			
<u>ODER</u>			
b)	☐ _____ zusätzliche Arbeitsplätze á 5.000 €	=>	_____ €
	☐ _____ gesicherte Arbeitsplätze á 2.500 €		
<u>ODER</u>			
c)	Maximalbetrag	=>	50.000 €
Ergebnis: Der niedrigste Betrag aus a), b) oder c) ergibt den maximalen Förderbetrag!			
		=>	_____ €

J. Parallele Förderanträge, Vorförderungen

Für das Investitionsvorhaben wurde ein Antrag auf Gewährung eines Investitionszuschusses aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) bei der NBank gestellt.

☐ nein ☐ ja ⇨ _____ Datum _____ Antragsnummer ☐ bewilligt ☐ abgelehnt

K. Erklärung zu Rückforderungen von Beihilfen

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns bis heute bewilligte öffentliche Zuwendungen nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit aufgehoben und zurückgefordert oder - im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung - vollständig zurückgezahlt wurden.

☐ ja ☐ nein

L. Finanzierungsplan

Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen (II.H) entsprechen. Die Beträge sind auf volle 100 Euro zu runden.

Eigenmittel	Euro
Eigenkapital	
beantragter Zuschuss (siehe II.I)	
Beihilfefreie Fremdfinanzierung	
Bankkredite	
Leasing	
Mietkauf	
Gesellschafterdarlehen / privates Darlehen:	
sonstige (bitte erläutern):	
Öffentliche Finanzierungshilfen (Subventionswertbescheinigung als Anlage beifügen!)	
KfW:	
NBank:	
Sonstige:	
Summe Fremdfinanzierung	
Gesamtfinanzierung	

☐ **Die Finanzierung des Vorhabens ist gesichert.**

Eine **Finanzierungsbestätigung** (Eine Formulierungshilfe für die Bank oder den Steuerberater finden Sie in dem Informationsblatt „Finanzierungsbestätigung“.)
und Darlehensverträge oder sonstige geeignete Nachweise sind dem Antrag

☐ **beigefügt.** ☐ **werden nachgereicht.**

Platz für Erläuterungen zur Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages und andere relevante Informationen: (z. B.: Kredit mit folgenden Möglichkeiten der vorzeitigen Ablösung/Teilablösung zwecks Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages, Kredit für laufende Ausgaben o. ä.)

III. Allgemeine Erklärungen

- ☐ Ich/wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das Vorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben grundsätzlich der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstungen oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, zu werten ist. Der früheste dieser Zeitpunkte ist maßgebend.

Mir/uns ist bekannt, dass der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten, wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien, nicht als Beginn der Arbeiten gelten.

Mir/uns ist bekannt, dass bei der Übernahme einer Betriebsstätte der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte maßgebend ist.

- ☐ Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag und den beizufügenden Anlagen anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, wonach Abweichungen von den vorstehenden Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitzuteilen sind.

- ☐ Mir/uns ist bekannt, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen. Eine Bewilligung muss solange unterbleiben, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde.

Ich/wir werde(n) jede zukünftige Abweichung der Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitteilen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen der Stadt Wilhelmshaven, anderer staatlicher Stellen oder der Europäischen Kommission.

- ☐ Mir/uns ist bekannt, dass die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014, Abl. L. 187/1 (AGVO) zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013, Abl. L. 352/1 vom 24.12.2013 (De-minimis-VO) über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen Anwendung findet.

- ☐ Ich/wir habe(n) das Informationsblatt „Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular“ gelesen und zur Kenntnis genommen.

IV. Datenschutzerklärung

Die Stadt Wilhelmshaven ist zu Verschwiegenheit und zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen gemäß Datenschutzerklärung für Informationspflichten gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) verpflichtet.

- ☐ Die **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) (KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven) habe ich zur Kenntnis genommen, das Wider-
rufsrecht und daraus resultierende Konsequenzen sind mir bekannt.
- ☐ Ich erteile mein Einverständnis zur Verwendung meiner Daten wie in der **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** beschrieben.

V. Tariftreueerklärung (gem. Ziff. 4.11 der Richtlinie)

- ☐ Ich / Wir verpflichte/n mich/uns, an das beschäftigte Personal mindestens den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.

VI. Folgende Unterlagen sind diesem Antrag als Anlage beigefügt:

- ☐ Beschreibung und Begründung des Vorhabens
- ☐ Vollmacht
- ☐ Detaillierter Geschäftsplan / Businessplan (nur bei Existenzgründer/innen)
- ☐ Investitionsgüterliste
- ☐ Finanzierungsbestätigung
- ☐ Darlehensvertrag / -verträge
- ☐ Subventionswertbescheinigung
- ☐ Handelsregistrauszug
- ☐ Gewerbeanmeldung
- ☐ Selbsterklärung KMU-Definition (nur wenn bei 1.5 die Frage mit „Ja“ beantwortet wurde)
- ☐ Bescheinigung des Finanzamts über die steuerliche Anerkennung der Betriebsaufspaltung (nur bei Vorliegen einer Betriebsaufspaltung)
- ☐ Miet- / Pachtvertrag oder vergleichbare Nutzungserlaubnis
- ☐ Grundstückskaufvertrag
- ☐ Baugenehmigung
- ☐ Übersichtsplan mit farbiger Kennzeichnung der Baumaßnahme
- ☐ separate Investitionspläne InvestorIn / NutzerIn (nur bei Investor-Nutzer-Verhältnis)
- ☐ separate Finanzierungspläne InvestorIn / NutzerIn (nur bei Investor-Nutzer-Verhältnis)
- ☐ Erklärung „Zusatzvereinbarung zum Nutzungsvertrag“ (nur bei Investor-Nutzer-Verhältnis)

-
- ☐ verbindliches Angebot der Investorin / des Investors auf Abschluss eines Nutzungsvertrages, bzw. Zusatzvereinbarung zum Nutzungsvertrag oder abgeschlossener Nutzungsvertrages, bzw. abgeschlossene Zusatzvereinbarung zum Nutzungsvertrag (bei Investor-Nutzer-Verhältnis)
- ☐ Sonstige zusätzliche Unterlagen (z. B. Organigramm, Aufstellung der Gesellschafter o. a.):

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (Antragsteller / Antragstellerin)

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Investor)

Der Antragstellerin / dem Antragsteller stehen folgende Informationsblätter, Formulierungs- und Berechnungshilfen zur Verfügung:

- Förderrichtlinie des KMU-Programms der Stadt Wilhelmshaven
- Erläuterungen zum Antragsformular für Investitionsvorhaben (2.1 des KMU-Programms)
- Allgemeine Erläuterungen zur Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Erläuterungen zur Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Definition
- Excel-Berechnungshilfe für Dauervollzeitarbeitsplatzäquivalente (bei Bedarf per Email anfordern)

Informationsblätter und Formulierungshilfen finden Sie auf der Website der Stadt Wilhelmshaven.

Ein Beratungstermin während der Planungsphase, vor Beginn des Vorhabens, wird dringend empfohlen!

Ansprechpartner:

Svenja Becker (Sachbearbeitung)
Tel. 04421 9106-22 / Fax 04421 9106-27
E-Mail svenja.becker@wilhelmshaven.de

Iris Dittrich (Projektleitung)
Tel. 04421 9106-26 / Fax 04421 9106-27
E-Mail iris.dittrich@wilhelmshaven.de

Den Antrag nimmt die

**Stadt Wilhelmshaven
Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement
Rathausplatz 10 (RATrIUm)
26382 Wilhelmshaven**

entgegen.